

Deutschland: Keine Segnung oder Trauung in Württemberg

Bei der Synode der evangelischen Landeskirche verhinderte eine evangelikale Minderheit selbst einen unterwüflichen Kompromiss zum Umgang mit Schwulen und Lesben.

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg bleibt im Umgang mit Schwulen und Lesben weiterhin das Schlusslicht der EKD: Nachdem bei der Herbstsynode in Stuttgart bereits am Dienstag ein Antrag zu einer "Trauung für alle" mit 36 zu 59 Stimmen bei zwei Enthaltungen scheiterte, verfehlte am Mittwoch auch ein (von offeneren Teilen der Kirche als diskriminierend beschriebener) Kompromissvorschlag des Oberkirchenrats, der zumindest in einigen Fällen eine Segnung im Gottesdienst ermöglicht hätte, die in zweiter Lesung nötige Zweidrittelmehrheit.

Den ersten Antrag, hetero- und homosexuelle Paare in der Trauordnung komplett gleichzustellen, hatte die Gruppierung "Offene Kirche" eingebracht, der 32 der 98 Synodalen angehören. Die Kirchenführung inklusive des Landesbischofs Frank Otfried July hatte sich allerdings gegen den Antrag ausgesprochen, unter anderem mit dem Argument, dass dieser die Einheit der Kirche gefährde.

Stattdessen plädierte July zum Einstieg der Debatte am Dienstag für den Kompromissantrag, mit dem – ausdrücklich als "Ausnahme" – eine neue freiwillige "Amtshandlung" kreiert werden sollte, die keine Trauung, aber eine Segnung in einem Gottesdienst ermöglicht hätte – allerdings nur, wenn die jeweilige Gemeinde vorab das Regelwerk eigenständig verabschiedet, wozu teilweise mindestens Dreiviertel-Mehrheiten (!) von Pfarramt und/oder Gemeinderat notwendig gewesen wären. Zudem hätte die "Amtshandlung", deren Details erst bei der nächsten Synode beschlossen werden sollten, "kein begründetes Ärgernis in der Gemeinde erregen" dürfen. Während Homo-Paare bei dem Kompromiss nur unter Schwierigkeiten auf eine andere Gemeinde hätten ausweichen können, hätten Pfarrer und Verantwortliche eine Mitwirkung an der "Amtshandlung" ablehnen dürfen.

Die Evangelikalen blieben stur

July, der wie manche Redner Verständnis für alle Seiten der Debatte einforderte, war damit vor allem der grössten Gruppe in der Synode, dem Gesprächskreis "Lebendige Gemeinde" als Zusammenschluss evangelikaler Christen, entgegen gekommen. Doch Redner der Gruppe, mit 43 Stimmen mit einer Blockademehrheit bei Zweidrittel-Entscheidungen ausgestattet, machten schnell klar, dass sie keinen Kompromiss mittragen würden, der Segnungen gleichgeschlechtlicher Paare in der Öffentlichkeit ermöglichen würde – und das trotz zahlreicher Bitten in der Debatte auch anderen Mitgliedern der Landeskirche nicht. "Auf der Basis verschiedener Bibelverständnisse lassen sich biblische Aussagen über den Willen Gottes und eine homosexuelle Praxis aus unserer Sicht nicht in Einklang bringen", begründete Dekan Ralf Albrecht die Ablehnung durch seinen Gesprächskreis.

Vorgängiger Artikel vom 28.11.2017 auf Folgeseite

Bald Segnungen oder Trauungen in Württemberg?

Kurz vor einer entsprechenden Debatte der Synode der evangelischen Landeskirche fordern Initiativen, mehr als nur eine vage Minimallösung mit vielen Ausnahmen zu beschliessen. Bereits deren Verabschiedung ist ungewiss.

Zu Beginn der Herbstsynode der Evangelische Landeskirche in Württemberg haben mehrere Organisationen an die Delegierten appelliert, Trauungsgottesdienste für schwule und lesbische Paare zu ermöglichen. Entsprechende Anträge stehen für Dienstag auf der Tagesordnung der Versammlung im Stuttgarter Hospitalhof.



Württemberg ist derzeit die einzige der 20 Landeskirchen, die die öffentliche Segnung von Homosexuellen verbietet. Zuletzt hatte die Landeskirche Sachsen die Segnung von Homo-Paaren zumindest "im Einzelfall" zugelassen. Am letzten Freitag beschloss zudem die evangelisch-reformierte Kirche, Homo-Paare beim "Gottesdienst anlässlich einer Eheschliessung" grundsätzlich gleichzustellen – allerdings nicht verpflichtend für die einzelnen Gemeinden.

Die rund zwei Millionen Mitglieder und fast 1'300 Gemeinden zählende Kirche in Württemberg mit Sitz in Stuttgart gilt allerdings als eine der konservativsten Landeskirchen, die insbesondere durch evangelikale Strömungen geprägt ist, in denen teilweise noch eine "Heilung" Homosexueller propagiert wird. Daher wird bei der Synode mit Widerstand gegen eine Liberalisierung gerechnet.

Trauung oder "Amtshandlung"?

Zur Debatte bei der Synode steht zunächst ein Antrag von 31 Synodalen des Gesprächskreises "Offene Kirche", der eine vollständige Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen und verschiedengeschlechtlichen Paaren durch eine Änderung der Trauordnung vorsieht. Das Wort "Ehe" würde schlicht ersetzt durch die Worte: "Ehe von zwei Personen verschiedenen oder gleiches Geschlechts oder eine eingetragene Lebenspartnerschaft".

Der Oberkirchenrat plädiert hingegen in seinem Antrag für eine "Regelung, die alle Gesprächskreise mittragen können": Mit einer erst später näher zu gestaltenden "Amtshandlung" anlässlich der Begründung einer Ehe oder einer Umwandlung einer Lebenspartnerschaft. Diese "Handlung" – der Antrag vermeidet die Begriffe "Segnung" und "Trauung" – müsste von der Gemeinde zunächst grundsätzlich beschlossen werden, mit einer Drei-Viertel-Zustimmungsquote von Pfarramt und Kirchengermeinderat. Auch werde die "Amtshandlung" nicht gewährt, wenn diese ein "begründetes Ärgernis in der Gemeinde erregen würde". Im Land der Petitionen und Demonstrationen gegen Schulaufklärung über LGBTI könnte Homo-Paaren statt einer erwünschten Segnung also Ausgrenzung drohen.

Die Entwürfe brauchen am Dienstag in erster Lesung jeweils eine einfache Mehrheit, um am Mittwoch in zweiter Lesung endgültig beraten zu werden. Hier ist eine Zweidrittel-Mehrheit in geheimer Abstimmung nötig. Die "Offene Kirche" ist mit 32 Stimmen zweitstärkste Kraft in der Synode mit insgesamt 98 Stimmen, die "Lebendige Gemeinde" als Zusammenschluss evangelikaler Christen mit pietistischem Hintergrund kommt auf 43 Stimmen. Diese Gruppe hatte noch im letzten Jahr Segnungen von Homo-Paaren komplett abgelehnt und lehnt aktuell in einer ausführlichen Stellungnahme jeden Kompromiss ab. Findet kein Antrag eine Zustimmung, bleibt es laut einer Zusammenfassung der Kirche "bei der bisherigen Praxis der Begleitung gleichgeschlechtlicher Paare in der Seelsorge, die mit einer Segnung verbunden sein kann".

"Ausgrenzung beenden"

"Die Delegierten der Landessynode sollten ihre Chance nutzen, um die Diskriminierung und Ausgrenzung von Lesben und Schwulen in der Landeskirche zu beenden", forderte am Montag Brigitte Aichele-Frölich aus dem Landesvorstand des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) Baden-Württemberg. "Kirchen müssen besonders jetzt für Zusammenhalt werben und deutlich machen, dass sich Religion und Akzeptanz von Lesben und Schwulen nicht ausschließen müssen."

Der Verband forderte die Landeskirche auf, dem Entwurf von "Offene Kirche" zu folgen. "Wir möchten die Mitglieder der Landeskirche Württemberg aufrufen, sich aktiv an der Diskussion auf der Landessynode zu beteiligen und die 'Offene Kirche' darin zu bestärken, diesen Weg der Akzeptanz von Lesben und Schwulen weiterzugehen und für eine offene und vielfältige Landeskirche einzutreten."

"Im Jahr der Reformation, das unter dem Motto '...da ist Freiheit', steht, wäre ein Ja zur Segnung und Trauung gleichgeschlechtlicher Paare die einzig richtige Entscheidung", betonte am Montag auch Judith Quack von der "Initiative Regenbogen", in der sich rund 25 Gemeinden der Landeskirche versammelt haben, die für Segnungen homosexueller Paare offen sind. Auch sie unterstützt den Antrag der "Offenen Kirche": "Meiner persönlichen Meinung als Kirchengemeinderätin nach diskriminiert die bisherige Haltung der Kirche Homosexuelle."

Die in Tamm bei Stuttgart ansässige Gruppe "Bruderschaft des Weges" hatte letzte Woche hingegen gefordert, die Anerkennung von Homo-Paaren kategorisch abzulehnen, da es sich bei Homosexualität nicht um eine "Schöpfungsvariante" handle. In der aus der Homo-"Heiler"-Organisation "Wüstenstrom" hervorgegangenen Gruppe versammeln sich Menschen, die ihre Homosexualität aus Glaubensgründen nicht ausleben. Druck machte auch die Initiative "Zukunft-Verantwortung-Lernen", die mit einer Online- und Offline-Petition mit grossem Zuspruch den Kampf gegen den Bildungsplan im Ländle begonnen hatte. Sie beklagte in einer Pressemitteilung etwa, eine Öffnung der Kirche weise in Bezug auf Pfarrer, die diese ablehnten, "repressive Züge auf" und zeige "in eine gesinnungstotalitäre Zukunft".

queer.de / 28.11.2017